



Editorial

Der Besuch von Frau Merkel in Moskau erfolgte im Lichte einer neuen Sachlichkeit, die auch auf die Beziehungen zu Rußland als Energielieferant ausstrahlen sollte. Dies ist nach den Turbulenzen, welche die russische Energiepolitik letzters ausgelöst hatte, notwendig. Denn wir sind in einem Zwiespalt: Einerseits ist Rußland ein attraktiver und wachsender Absatzmarkt für die deutsche Industrie. Diesem Interesse stehen jedoch andererseits zwei Barrieren gegenüber. Die eine ist die Nichtmitgliedschaft Rußlands in der Welthandelsorganisation (WTO). Dadurch werden deutsche Exporte und Direktinvestitionen behindert. Die zweite Barriere ist die Energiepolitik Rußlands, und zwar aus ökonomischen wie auch politischen Gründen. Zwar mag die russische Regierung die Versorgung der Haushalte und Industrie mit billiger Energie mit dem Argument sozialer Stabilität verteidigen. Aber das strategische Kalkül hinter ihrer Energiepolitik beruht auf der Idee, den Rohstoffreichtum dafür zu nutzen, der eigenen Industrie einen Wettbewerbsvorteil im internationalen Geschäft zu verschaffen. Mehr noch: Energiereichtum ist für Rußland das letzte verbleibende Instrument zur Ausübung politischer Macht. Diese Strategie hat ihre Kosten: eine geringe Energieeffizienz, Anti-Dumping-Verfahren der EU sowie ein Veto wichtiger Länder gegen den WTO-Beitritt Rußlands. Noch im Jahre 2004 schien ein Beitritt in Sichtweite, nachdem die EU mit Rußland ein Abkommen geschlossen hatte, welches die Anhebung der innerrussischen Gaspreise auf 49 bis 57 US-Dollar pro 1 000 m³ bis 2010 vorsah – verglichen mit einem Lieferpreis an die EU von derzeit ca. 250 Euro. Manche meinen nun, eine Anhebung der Preise für die Ukraine auf 230 Euro sei ökonomisch legitim. Aber keine Volkswirtschaft könnte eine plötzliche Anhebung ihrer Energierechnung auf das Siebenfache ohne Zusammenbruch verkraften. Hier zeigt sich der politische Kern der Energiepolitik. Der letztlich von der Ukraine zu zahlende Preis von 90 Euro und der Preis von 230 Euro, den Gazprom erhält, macht die Intransparenz der Preispolitik deutlich; irgendjemand wird die Differenz zahlen müssen. All dies ist nicht WTO-kompatibel und könnte eher als Signal gewertet werden, daß Rußland so ernsthaft nicht an einem WTO-Beitritt interessiert ist, solange die Weltmarktnachfrage steigende Preise verspricht. Was folgt daraus für Deutschland, seine Energiepolitik und den Bau der Ostsee-Pipeline? Natürlich ist Deutschland an einem WTO-Mitglied Rußland interessiert. Aber im Lichte einer neuen Sachlichkeit wäre der beste deutsche Beitrag dazu, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen nicht weiter zu erhöhen. Das Ziel der deutschen Energiepolitik, bis zum Jahr 2030 etwa ein Drittel der Stromerzeugung aus Gas zu sichern, sollte dann überdacht werden. Eine steigende Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen könnte das Versorgungsrisiko erhöhen und auch die Lobby in Rußland stärken, die von einem Beitritt zur WTO nichts hält.

*Hubert Gabrisch
Forschungsdirektor des IWH*